

Der deutsche Elefant im Raum

Die Beziehungen zwischen Russland und der EU befinden sich auf einem Tiefpunkt. Brüssel findet keine Antwort auf die Provokationen aus Moskau | Von Eric Bonse

Wer darf auf dem Chefsessel sitzen? Und wer muss sich mit einem Platz auf dem Sofa begnügen? Noch immer streiten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel über diese pikante Frage.

Drei Wochen nach ihrem missglückten Besuch beim türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan beherrscht das „Sofagete“ die außenpolitische Debatte in Brüssel. Erdoğan hatte von der Leyen – dem Protokoll folgend – auf die billigen Plätze verbannt. Michel nahm den Chefsessel ein, statt der ersten Dame aus Brüssel aus der Patsche zu helfen.

Seither liegen in der EU-Kapitale die Nerven blank. „Ich fühlte mich verletzt und allein gelassen, als Frau und als Europäerin“, klagt von der Leyen. So etwas dürfe sich nie wiederholen, beteuert Michel. Die EU-Spitze gebe ein beschämendes Bild ab, waren sich die Abgeordneten des Europaparlaments in einer Krisensitzung einig.

Dabei haben es die Europäer nicht nur mit dem Mächtigen-Sultan vom Bosphorus zu tun. Während sie Erdoğan neue Milliardenhilfen in Aussicht stellten, ließ Russlands Staatschef Wladimir Putin tausende Soldaten an der Grenze zur Ukraine aufmarschieren. Eine Zeit lang sah es so aus, als drohe ein neuer Krieg um die Krim und den Donbass.

Diese Gefahr scheint zwar mittlerweile wieder gesunken zu sein. Doch nun verschärft Putin die Repression gegen Kreml-Kritiker Alexej Nawalny und seine Anhänger. Zudem legt sich Russland mit Tschechien an. Eine mysteriöse Explosion aus dem Jahre 2014, hinter der der russische Geheimdienst vermutet wird, hat eine schwere diplomatische Krise ausgelöst.

Doch dazu schweigen Michel und von der Leyen. Die beiden EU-Granden sind so sehr mit sich selbst und ihrem (un-)diplomatischen Machtkampf beschäftigt, dass sie die wohl schwerste außenpolitische Krise seit dem Kalten Krieg aus den Augen zu verlie-



Auch Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, wurde bei seinem jüngsten Besuch in Moskau im Februar Platz auf einer Couch zugewiesen.

ren drohen. Auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell wirkt überfordert.

Die Beziehungen zu Russland hätten einen historischen Tiefstand erreicht, sagte Borrell im EU-Parlament. Putin suche „vorsätzlich die Konfrontation mit dem Westen“. Deshalb müsse man sich auf eine „lange und harte Phase“ des Konflikts einstellen. Es klang hoffnungslos und resigniert – einen Ausweg hatte Borrell nicht zu bieten.

Wie auch? Die europäische Doppelstrategie aus Sanktionen und Dialog ist gescheitert. Die Strafmaßnahmen führten nur dazu, dass man künftig nicht mehr mit der EU reden werde, hatte Russlands Außenminister Sergej Lawrow schon im Februar gewarnt. Er ließ Borrell bei einer Pressekonferenz in Moskau auflaufen – seitdem herrscht Funkstille.

Auch das Minsker Abkommen, mit dem Deutschland und Frankreich für eine Befriedung in der Ukraine sorgen wollten, funktioniert nicht mehr. In Brüssel hält man daran zwar noch fest. Doch einen wirksamen Hebel haben die Europäer nicht. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj setzt auf die USA oder die Türkei,

um seine Ziele zu erreichen – mit „Minsk“ hat das nicht mehr viel zu tun.

Selbst im Streit zwischen Tschechien und Russland kann Brüssel kaum etwas ausrichten. Eine massenhafte Ausweisung von russischen Diplomaten, wie sie die Regierung in Prag fordert, liegt nämlich nicht im Kompetenzbereich der EU. Darüber können nur die Mitgliedsstaaten oder – wenn es um Diplomaten in Brüssel geht – Belgien entscheiden. Borrell und seinem Auswärtigen Dienst sind die Hände gebunden.

Aus all dem folgt ein Gefühl der Ohnmacht – und der Wut. Die „russische Aggression“ dürfe nicht unbeantwortet bleiben, heißt es im Europaparlament. Die EU-Führung müsse sich berappeln und endlich die „Sprache der Macht“ sprechen. Der Frust richtet sich nicht nur gegen von der Leyen, Michel und Borrell, sondern

zunehmend auch gegen Kanzlerin Angela Merkel und Außenminister Heiko Maas.

Deutschland, so sehen es viele in Brüssel, ist der „Elefant im Raum“, der mit seiner russlandfreundlichen Politik harte Maßnahmen gegen Putin verhindert. Die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 ist längst zum Symbol für diese vermeintlich antieuropäische Politik geworden. Selbst der Chef der größten Parlamentsfraktion, Manfred Weber, zielt immer öfter auf das umstrittene Projekt. „Sollte die Lage in der Ostukraine eskalieren, wäre Nord Stream 2 nicht mehr zu halten“, erklärte der CSU-Politiker. Dann müsste das Projekt gestoppt werden – zugunsten der Ukraine, durch die ebenfalls Gas nach Europa strömt. Genauso sehen es viele Osteuropäer, aber auch die deutschen Grünen in Brüssel, die in der Russland-Politik längst eine Koalition mit CDU/CSU eingegangen sind.

Noch laufen die Appelle ins Leere. Außenminister Maas warnt vor „Konfrontationsgeschrei“ und versucht, die Diskussion wieder auf Nawalny zu lenken – weg von deutschen Interessen, hin zur russischen Innenpolitik. Auch die EU-Spitze schweigt. Kommissionschefin von der Leyen erklärte, Nord Stream 2 sei „nicht hilfreich“ – doch einschreiten und das Projekt stoppen will sie offenbar nicht.

Das dürfte – wenn überhaupt – nur den USA gelingen, die bereits intensiv mit Deutschland verhandeln. Aus Washington sind auch am ehesten Impulse für die künftige Russland-Politik zu erwarten. US-Präsident Joe Biden hat neue Sanktionen verhängt, aber auch ein Gipfeltreffen mit Putin vorgeschlagen. Es könnte im Juni in Europa stattfinden, Wien und Helsinki bieten sich als Gastgeber an.

An Brüssel hat offenbar keiner gedacht. An von der Leyen und Michel auch nicht. Nach Lage der Dinge dürften die EU-Spitzen schon froh sein, wenn sie an dem USA-Russland-Gipfel als Zaungäste teilnehmen können, zur Not auch auf dem Sofa.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadea.

Wertschätzung

Vier Bewohner_innen einer Einrichtung für behinderte Menschen sind brutal getötet worden, eine weitere Person wurde schwer verletzt. Manche von ihnen lebten schon viele Jahre im Oberlinhaus in Potsdam-Babelsberg, andere bereits seit ihrer Kindheit. Sie alle wurden in ihrem Zuhause angegriffen. Als dringend tatverdächtig gilt eine Pflegerin des Hauses, die bereits festgenommen wurde.

Kaum war diese schreckliche Nachricht in der Welt, verbreitete sich auch schon das Narrativ vom „schlimmen Einzelfall“, die Frau wäre eben „überfordert“ gewesen, sie hätte ihre Opfer vielleicht „von unheilbaren Leiden erlösen“ wollen. Dort tötete Ableismus also nicht nur, er setzt sich auch noch in der Berichterstattung fort.

Menschen mit Behinderung als „Last“ zu stigmatisieren, von der sich ihr Umfeld lediglich befreien will, und das Leben behinderter Menschen als ohnehin nicht lebenswert gewegzuweisen: Das hat seine ideologischen Wurzeln in der NS-Zeit. Damals wurden in Europa Schätzungen zufolge bis zu 300 000 behinderte und kranke Menschen im Rahmen der „Euthanasie“-Aktionen umgebracht. Sie galten „als nicht rentabel oder nützlich für die Gesellschaft“.

Die ableistische Gewalt in Behinderteneinrichtungen wie in Potsdam muss als strukturell benannt werden, weil sie eben kein Einzelfall ist. Erst Anfang Januar wurde bekannt, dass in Bad Oeynhausen Bewohner_innen schwer misshandelt wurden. Gegen 145 Ärzt_innen, Betreuer_innen und Pflegekräfte wird ermittelt. Gerade Deutschland ist durch eine gewaltvolle und tödliche Geschichte für Menschen mit Behinderung geprägt. Bis heute gibt es keine wirkliche Aufarbeitung dazu und dementsprechend kein echtes Bewusstsein dafür. Die anhaltende Exklusion behinderter Menschen aus der Gesellschaft tut ihr Übriges dazu, dass sich daran kaum etwas ändert und Nichtbehinderte weiterhin wegschauen können.

Dabei hätte die Pandemie das Allgemeinwissen darum, was Ableismus ist, in welchen Formen er sich zeigt und wie er uns am Ende alle betrifft, längst schärfen müssen. Hochvulnerable Gruppen werden beim Impfen und der Versorgung schlicht vergessen, in den Krankenhäusern droht Triage, und überhaupt sollen alle einfach weiter so arbeiten, als gäbe es keine (zusätzliche) psychische und körperliche Belastung? Das entspricht keiner Gesellschaft, die das Leben tatsächlich wertschätzt.

Europameister

Von Portugal lernen, heißt – die Pandemie in den Griff zu bekommen? Eine Erfolgsgeschichte ohne Hashtags | Von Reiner Wandler

Es ist eine Sensation. Portugal vermeldete am Montag, den 26. April, 24 Stunden ohne einen einzigen Covid-19-Toten. Das gab es – so das Gesundheitsministerium in Lissabon – zuletzt am 2. August 2020. Dabei war das Land im äußersten Südwesten der Europäischen Union zu Jahresbeginn der weltweite Pandemie-Hotspot schlechthin. Anfang Februar waren in Portugal mit seinen zehn Millionen Einwohnern an Spitzentagen um die 300 Tote zu beklagen. Hochgerechnet auf die bundesdeutsche Bevölkerung wären dies über 2200 Tote – alle 24 Stunden. Insgesamt verstarben in Portugal seit Beginn der Pandemie 16 974 Menschen (Stand 30.04.2021), mehr als 40 Prozent alleine im ersten Quartal 2021.

Das Rezept für die spektakuläre Erholung der Lage ist einfach: Es war der Mitte Januar beschlossene harte Lockdown. Wie bereits während der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr 2020 wurde die Bewegungsfreiheit der Bürger:innen weitgehend eingeschränkt. Nur Geschäfte zur Grundversorgung blieben offen. Wer konnte, musste zu Hause im Homeoffice arbeiten. Nur Industrie und Großbaustellen waren von den Beschränkungen weitgehend ausgenommen.

Es lohnte sich. Lag die Zahl der Neuinfektionen im Zeitraum von zwei Wochen pro 100 000 Einwohnern Anfang Februar bei über 1400, sind es jetzt laut European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) nur noch 66,8. Damit ist Portugal nun das Land in der EU, das die Covid-19-Pandemie am besten im Griff hat. Deutschland, das sich mit Anti-Covid-19-Maßnahmen schwertut, liegt derzeit bei 346,1 pro 100 000 Einwohner, alle 14 Tage.

Als der Lockdown von der sozialistischen Regierung unter António Costa angeordnet wurde, war die Situation dramatisch. In rund 80 Prozent Portugals herrschte „extremes Ansteckungsrisiko“. Notaufnahmen und Intensivstationen waren völlig überlastet. In einigen Hospitälern ging der Sauerstoff für die Beatmung zur Neige. Patient:innen mussten hin- und hergeflogen werden, um überhaupt noch Betten zu finden. Die deutsche Bundeswehr entsandte Anfang Februar ein Hilfsteam mit 26 medizinischen Fachkräften, darunter acht Ärzt:innen. Sie brachten 40 Beatmungs- und 150 Infusionsgeräte mit und waren bis kurz vor Ostern im Großraum Lissabon im Einsatz.

„Wir Ärzte sind uns einig, dass die hohe Infektionsrate durch das Fehlen von Einschränkungen zu Weihnachten verursacht wurde“, sagt der Sprecher der Ärztekammer, José Miguel Guimaraes. „Wir wurden nicht müde, davor zu warnen, was passieren könnte“, beklagt er sich. Es war vergebens. Die Regierung beschloss, einen Großteil der Beschränkungen aufzuheben, um „Weihnachten zu retten“ – und opferte damit die Gesundheit, des Landes, das bis dahin glimpflich durch die Pandemie gekommen war.

Durch die umfangreiche Bewegungsfreiheit verloren die Gesundheitsbehörden die Kontrolle. Hinzu kamen Familienbesuche der Portugiesen, die im Ausland arbeiten. Viele von ihnen leben in Großbritannien und brachten von dort die neue,

aggressivere Virusvariante B.1.1.7 mit. Waren bis dahin vor allem der Großraum Lissabon und der Norden des Landes von der Pandemie betroffen, breitete sich das Virus nun gerade auch in den Landesteilen rasend schnell aus, die bis vor Weihnachten kaum Fälle aufzuweisen hatten und als sicher galten.

Jetzt hat Costa – allem Anschein nach – aus der Weihnachtskatastrophe gelernt. Bevor am vergangenen Freitag angesichts der positiven Zahlen der Ausnahmezustand aufgehoben wurde, verordnete seine Regierung eine kontrollierte Öffnung – „umsichtig und langsam, Stück für Stück ...“. Während Kindergärten, Vorschulen und Grundschulen sowie Friseursalons, Bibliotheken und Buchhandlungen bereits Mitte März erneut öffneten, mussten Gartenkneipen, Museen, kleine Geschäfte und Cafés bis Ostermontag warten. Die Mittel- und Oberstufe und Universitäten nahmen am 19. April ihren Betrieb wieder auf, ebenso wie Kinos, Theater und Einkaufszentren. Restaurants dürfen mittlerweile auch wieder öffnen, allerdings mit eingeschränkter Belegung und kürzeren Öffnungszeiten.



REINER WANDLER

ist Korrespondent für die Iberische Halbinsel und Nordafrika. Er gehört dem Netzwerk Weltreporter an.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter